

Rede von Elif Eralp zum Rassismusproblem bei der Polizei beim DIE LINKE-Landesparteitag 24.09.2022

Liebe Genoss*innen,

letzten Samstag um diese Zeit habe ich gemeinsam mit Ferat und Niklas die Familie Hamawi getroffen, die Opfer einer rassistischen gewaltvollen und Kindeswohlgefährdenden Behandlung seitens der Berliner Polizei wurde.

Hintergrund war eine von der Polizei geplante Festnahme von Herrn Hamawi zur Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe wegen einer Geldstrafe von 750 Euro wegen mutmaßlichem mehrfachen Fahrens ohne Fahrschein.

Obwohl er vorher um Ratenzahlung bei der Polizei gebeten hatte, wurde die aus Syrien geflohene Familie in ihrer Wohnung in Lichtenberg von zwei Beamten aufgesucht. Einer brachte Herrn Hamawi gewaltvoll zu Boden und nahm dabei keinerlei Rücksicht auf schlafende und weinende Kinder. Er beleidigte die Familie rassistisch mit Aussagen wie „Das ist mein Land, Du bist hier Gast“. Die Familie berichtete von Traumatisierung vor allem der Kinder.

Schlimm ist auch, dass als die Familie Anzeige erstatten wollte, Beamte in der zuständigen Dienststelle ihnen sagten, dass sie bei Anzeige die Polizei noch öfter zuhause hätten.

Als Linksfraktion unterstützen wir daher die Forderungen der Familie nach Aufklärung und Konsequenzen und dass die Beamten aus dem Polizeidienst entfernt werden! Auch der Berliner Senat hat deutliche Worte gefunden.

Unglaublich ist aber, dass die Bundesinnenministerin Faeser hier keinen Rassismus erkennen wollte. Nachträglich will sie den Vorgang nicht richtig zugeordnet haben, dann wäre es aber das Mindeste, dass sie sich für die Verharmlosung entschuldigt und den Rassismus klar benennt!

Dieser Vorfall verdeutlicht aber ein grundsätzliches Problem: Den strukturellen Rassismus in der Berliner Polizei. Der Beamte handelte mit einer Selbstverständlichkeit und trotz des Films ohne jede Sorge dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Weder hinderte ihn sein anwesender Kollege noch meldete er den Vorfall anschließend. Auch das Verhalten der Beamten bei Anzeigeerstattung ist entlarvend.

Die vielen Skandale um rechte Chatgruppen, Informations-weitergaben an Rechtsextremisten durch Berliner Polizeibeamte, aber auch die nicht abnehmende Praxis des „racial profiling“ weisen daraufhin.

Deswegen muss die Bekämpfung des Rassismus in der Berliner Polizei und in allen Behörden zur Chef*innen-Sache gemacht werden!

Die im Koalitionsvertrag verabredete Weiterführung der Rassismus-Studie bei der Polizei und eine Schärfung des Disziplinar- und Antidiskriminierungsrechts müssen.

Der Fall zeigt aber auch, wie aktuell unsere linken rechtspolitischen Forderungen nach Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein sind. Denn ohne diese Strafen -die vor allem arme Menschen treffen- wäre es nie zu dieser Maßnahme gekommen.

Der Vorfall zeigt aber auch, wie wichtig es ist, dass wir uns im Kampf gegen Rassismus in unserer Basisarbeit und in Bündnissen einbringen. Denn nur gemeinsam mit Berlins wacher Zivilgesellschaft und migrantischen Organisationen werden wir Veränderungen erreichen können!

Hilfreich dafür wäre natürlich auch, wenn die Bundestagsfraktion in dieser Hinsicht das Störfeuer unterlässt!

Wichtig dafür und für eine zukunftsfähige Partei ist aber auch, dass mehr von Rassismus Betroffene Menschen unsere Partei als ihre politische Heimat ansehen. Vorschläge wie das Gelingen kann haben wir als migrantisches Netzwerk links*kanax per Antrag „für eine migrantische und antirassistische LINKE Berlin“ auf dem Landesparteitag vor zwei Jahren gemacht.

In dessen Umsetzung beginnt demnächst eine Funktionsträger*innen-Befragung im Hinblick auf Diskriminierungsmerkmale und wir werden einen Diversitätsausschuss gründen. Es ist wichtig, dass sich alle Bezirke und Vorstände dabei einbringen!

Zentral für die kommenden Jahre ist, dass wir es schaffen diese Kämpfe mit der sozialen Frage zu verbinden statt uns Milieu-Debatten oder Auseinandersetzungen um eine vermeintliche Identitätspolitik zu geben. Denn diese Fragen gehören zusammen. Die rassistische Migrationspolitik der Bundesregierung und der EU führen dazu, dass Geflüchtete und Migrant*innen in Deutschland ausgebeutet werden. Die Konkurrenz und Spaltung in der Arbeiter*innenklasse nutzt nur dem Kapitalismus.

Daher müssen wir die Kämpfe gegen Rassismus und Ausbeutung und für gerechte Verhältnisse verbinden, wie es beispielsweise schon bei den Kämpfen der Paketzulieferer, der Krankenhausbewegung oder auch bei „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ geschieht und uns hier als Partei weiter einbringen!

Danke!